

„Politiker lassen sich treiben“

Soziale Medien sind für Demokratien noch immer ein Gewinn, sagt der Politikwissenschaftler Peter Filzmaier. Trotz des Hasses, der online verbreitet wird. Er plädiert für mehr Professionalität im Umgang mit Facebook & Co.

Peter Filzmaier ist Professor für Politische Kommunikation an der Universität Graz und für Demokratiestudien und Politikforschung an der Universität Krems, er gilt als Österreichs scharfzüngigster politischer Beobachter und analysiert regelmäßig im ORF die österreichische Innenpolitik.

Auch Filzmaier wurde schon übel beleidigt. Manche der Schimpfwörter, die er über sich las, musste er erst googlen, um zu verstehen, was darunter anatomisch genau gemeint war.

ff: Professor Filzmaier, Politiker warnen vor einer Zunahme von Hass im Internet. Wurde in den vergangenen Jahren weniger gehasst?

Peter Filzmaier: Nein. Und es ist falsch, das Internet und soziale Medien als Ursache zu sehen. Das sind Werkzeuge der Kommunikation, und wie Sie mit einem Schraubenschlüssel etwas reparieren können, können Sie damit jemandem auch den Schädel einschlagen. Das liegt aber nicht am Werkzeug, sondern was die Menschen daraus machen. Das Internet ist ein Kommunikationskanal, durch den vorhandener Hass verbreitet wird. Das Neue ist die Beschleunigung und die Breitenwirkung der Kommunikation, die Vernetzung von Hatern in Rekordzeit. Ich bekämpfe diesen Hass aber nicht durch Regulierung des Internets, sondern indem ich bei der Ursache anknüpfe und frage, warum haben diese Menschen diesen Hass?

Haben Sie auf diese Frage auch eine Antwort?

Das ist ein Prozess, der bereits in den 1980er-Jahren mit tiefgreifenden politischen Veränderungen beginnt. In Italien etwa folgte danach die Implosion des klassischen Parteiensystems und das Aufkommen neuer populistischer Parteien. Die Gesellschaft wird seit Jahren zunehmend polarisiert, ein politisches Thema ist heute entweder schwarz, oder es ist weiß. Zwischentöne sind langweilig geworden. In den 90er-Jahren gab es die Hoffnung, dass sich Hass und extremistische Meinungen im Netz selbst ins Abseits stellen. So schön diese Vorstellung war, sie ist empirisch widerlegt. Die Gleichgesinnten finden sich und zerstören die Diskussion der anderen.

Als Facebook und Twitter die Accounts von Donald Trump sperren, gab es viel Applaus.

Donald Trump hat dafür mehr als genug Anlass gegeben, trotzdem war die Sperre ein Tiefpunkt. Wenn ein privates Unternehmen eine so schwerwiegende Entscheidung trifft, ist das rechtlich zwar okay, demokratiepolitisch aber problematisch.

Warum?

Formalrechtlich haben Internetkonzerne wie jeder Gastwirt das Recht zu sagen: „Ich nehme dich nicht auf, raus hier!“. Allerdings handelt es sich um ein Massenmedium, und in einer Mediendemokratie funktioniert Demokratie auch durch den allgemeinen Zugang zu Massenmedien. Wer das missbraucht,

soll ausgeschlossen werden, aber nach klaren Transparenzkriterien. Warum darf Trump nicht mehr posten, der brasilianische Präsident Bolsonaro aber schon? Das ist Willkür.

Wie groß ist die Relevanz sozialer Medien in der politischen Kommunikation?

Facebook, Twitter und Co. sind Massenmedien. In Österreich nutzen mehr als 50 Prozent der Bevölkerung das Internet und/oder soziale Netzwerke als politische Informationsquelle. Bei den unter Dreißigjährigen ist der Prozentsatz noch größer, aber auch unter denen, die formal einen höheren Bildungsabschluss haben. Es sind nicht nur die Trump-Anhänger, die sich übers Internet informieren.

Wofür nutzt ein Spitzenpolitiker wie Bundeskanzler Sebastian Kurz seine Social-Media-Kanäle?

Sebastian Kurz verknüpft seine Amtsfunktion geschickt mit dem persönlichen Auftritt. Er betreibt Imagebildung durch eine Themensetzung, die ihm und seiner Partei angenehm und nützlich ist. Durch ein vorteilhaftes Foto bei einem Staatsbesuch oder einen Post über restriktivere Zuwanderung. Kurz hat sich früh und genau überlegt, mit welchem Medium er strategisch welche Zielgruppe erreichen will. Er hat das systematisch geplant.

Und welche Strategien gibt es im Umgang mit Hate Speech? Ignorieren, kommentieren, das eigene Profil löschen ...

Löschen geht nicht! Ein Politiker hat ein öffentliches Amt, und dazu gehört auch die Aufgabe der öffentlichen Kommunikation. Er kann nicht sagen, ich ignoriere eines der Massenmedien. Das wäre genauso absurd wie das Ignorieren des Fernsehens, der Zeitung oder des Radios. In der politischen Kommunikation von Politikern hat man im Bereich von Social Media aber mit einem Fehler begonnen. Man hat zu lange nach einem Versuch-und-Irrtum-Verfahren gearbeitet. Es braucht auch für Social

Media eine Medienstrategie. Grundsätzlich muss ich als Politiker transparent machen, wie ich mich auf den sozialen Medien verhalte. Das fängt bei einfachen Dingen an, etwa indem ich klarmache, ob mein Account von mir persönlich oder meinem Team betreut wird. Ich muss auch transparent machen, dass ich nicht auf jede Diskussion reagieren kann, als Person der Öffentlichkeit muss ich auch nicht Ombudsmann für alles sein. Das Internet ist aber nicht eine Öffentlichkeit, Facebook, Twitter und Co. sind eine Summe von Teilöffentlichkeiten. Politiker lassen sich oft von einer kleinen Gruppe in diesen Teilöffentlichkeiten treiben und machen damit oft ungewollt PR für gezielte Provokationen. Das kann auch für klassische Medien gelten. Nur weil eine provokante Hassrede ein gutes Zitat liefert, muss ich es nicht zur Schlagzeile

machen. Aber die Politik hat sich auch ihre eigene Branche ruiniert. Die internationalen Daten sagen, dass weniger als 10 Prozent Vertrauen in Politiker haben. Dahinter kommen nur noch Waffenhändler und Zuhälter. Wenn die Königsdisziplin von Negativkampagnen das Gerücht über den Gegner ist, sind Twitter und Facebook dafür das beste Medium.

Die Menschen, die wir wählen, sollen sich also alles gefallen lassen?

Nein. Der Grundkonsens ist: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Wenn es um strafbare Kommentare geht, bis zum Extremfall der Morddrohung, ist es zwar eine schwierige Mischung aus persönlicher und formaler Entscheidung, wie ich damit umgehe. Ich halte es jedoch für richtig und wichtig, solche Kommentare anzuzeigen. Aber es ist, zugegeben, bei

weniger eindeutigen Fällen eine Gratwanderung. Es darf keine pauschale Klagedrohung bei jeder Form von Kritik geben. Diese Grenze sollte die Politik nicht überschreiten.

Soziale Medien galten als Möglichkeit einer stärkeren Demokratisierung der Gesellschaft. Werden sie zur Bedrohung?

Sie haben noch immer das Potenzial der Demokratisierung. Ihre Stärke ist die Aufhebung des Sender-Empfänger-Schemas. In klassischen Medien gibt es eine One-to-many- oder eine Few-to-many-Kommunikation. Einer oder wenige kommunizieren zu Hunderttausenden oder Millionen. Die sozialen Medien geben die Chance einer many-to-many-Kommunikation. Jeder kann zum Sender werden, das ist wichtig. Ich wünsche mir keine Welt ohne soziale Medien.

Aber?

Aber wir brauchen einen demokratiepolitischen und gesellschaftlichen Grundkonsens unseres Zusammenlebens. Es gibt im Internet nicht nur den Hass als Emotion, sondern auch eine systematische Infragestellung der Demokratie. 5 Prozent der Menschen lehnen die Demokratie ab, rechnen Sie das Mal auf alle Südtiroler Wahlberechtigten um. Bis zu 30 Prozent sagen sogar, unter Umständen wäre ein starker Mann besser als eine Demokratie. Wir büßen für das jahrzehntelange Versäumnis von Politischer Bildung und Medienbildung. Was Politiker nicht hören wollen, ist, dass es Jahrzehnte brauchen wird, bis diese Versäumnisse aufgeholt sind. Aber es setzt sich die Erkenntnis durch, dass es diese Bildung braucht. ■

Interview: Andrej Werth

Universitätsprofessor Peter Filzmaier will sich eine Welt ohne soziale Medien nicht mehr vorstellen. Aber er sagt auch: „Wir brauchen einen demokratiepolitischen und gesellschaftlichen Grundkonsens.“

„Wir büßen für das jahrzehntelange Versäumnis von Politischer Bildung und Medienbildung.“

Foto: A&W